

24. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

23. Jänner 1952

380/J

A n f r a g e

der Abg. Ernst F i s c h e r und Genossen  
an den Bundesminister für Unterricht,  
betreffend die geplante Gebührenerhöhung an den Hochschulen.

--.-.-

Auf einer der letzten Rektorenkonferenzen wurde eine allgemeine Erhöhung der Studiengebühren an den Hochschulen beschlossen und dem Bundesministerium für Unterricht vorgeschlagen, diese Mittel zur Erhöhung des Anteiles der Professoren am Kolleggeld auf das Fünffache zu verwenden.

Der Beschluss der Rektorenkonferenz und ein seither bekanntgewordener Entwurf des Unterrichtsministeriums sehen eine Erhöhung der Kollegelder und Prüfungstaxen auf das Fünffache, ferner eine Erhöhung der sogenannten Wiederaufbau- und Aufwandsbeiträge auf das Dreifache sowie eine Erhöhung der Laboratoriums- und Institutstaxen vor.

Die Durchführung der Beschlüsse der Rektorenkonferenz, welche als entschiedener Protest gegen die jahrelange Verschleppung der Forderungen der österreichischen Hochschullehrerschaft zu werten sind, würden eine untragbare finanzielle Belastung für eine grosse Anzahl unbemittelter und minderbemittelter Studenten und einen entscheidenden Schritt zur Verschärfung des sozialen Numerus clausus an den Hochschulen Österreichs bedeuten.

Es ist eine Tatsache, die von den Abgeordneten des Linksblocks oft genug verurteilt wurde, dass die Dotierung unserer Hochschulen und die Bezahlung unserer Hochschulprofessoren, Dozenten, Assistenten und wissenschaftlichen Hilfskräfte jedem Anspruch unseres Staates auf einen Platz unter den Kulturvölkern der Welt Hohn spricht. Doch es geht nicht an, die Mittel, die der Staat aufzubringen verpflichtet ist, aus den Beiträgen der Studenten zu holen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Unterricht die folgende

A n f r a g e n:

- 1.) Ist der Herr Bundesminister bereit, dafür zu sorgen, dass die Hochschulen und die Hochschullehrerschaft aus staatlichen Mitteln in einem Ausmass dotiert werden, das den Anforderungen eines Kulturstaates entspricht?
- 2.) Ist der Herr Bundesminister bereit, verbindlich zu erklären, dass nicht daran gedacht wird, durch eine Erhöhung der Kollegelder, Prüfungstaxen etc. die materielle Lage der Studenten weiter zu verschlechtern?

--.-.-